



An die Ministerpräsidentin
des Landes NRW
Hannelore Kraft MdL
Stadttor 1
40219 Düsseldorf

Auskunft: Nicole Borninghoff
Telefon: 02 08 / 4 55 9922
Telefax: 02 08 / 4 55 58 9922
Online:
Nicole.Borninghoff@muelheim-ruhr.de

02.04.2014

Eingliederungshilfe

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
liebe Frau Kraft,

zutiefst davon überzeugt, dass sowohl der positive Mitgliederentscheid der SPD als auch die breite Unterstützung der CDU-Parteigremien letztlich den entscheidenden Durchbruch zur Bildung der Großen Koalition in Berlin bedeutet haben, erwarten jetzt alle Hauptgemeindeführer und Kämmerer unseres parteiübergreifenden Aktionsbündnisses - und natürlich auch wir persönlich - die zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag eindeutig festgeschriebenen Vereinbarungen zur Entlastung der Kommunen durch Bundesmittel. Und das ohne Wenn und Aber, und ausdrücklich noch in dieser Legislaturperiode!

Weil Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Ihre leidenschaftlichen öffentlichen (und erst Recht parteiinternen) Appelle zur Bildung der Großen Koalition ganz konkret mit der angekündigten Bundeshilfe für die Kommunen in Finanznot begründet haben, sehen wir in Ihnen, Herrn Innenminister Ralf Jäger und Herrn Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans unsere wichtigsten und glaubwürdigen politischen Mitstreiter, um das Bundeskabinett und speziell Frau Bundeskanzlerin Prof. Dr. Angela Merkel, Herrn Vizekanzler Sigmar Gabriel und Herrn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble vor einem Bruch dieser Zusagen zu warnen.

Für uns vom Aktionsbündnis steht außer Frage, dass das seit Wochen öffentlich befürchtete Verschieben dieser Bundeshilfe vor allem im Sozialbereich gerade die strukturschwachen Kommunen - also fast alle in NRW - in weitere Schwierigkeiten bringen wird. Sollte dieses negative Szenario eintreten, werden wir vor Ort wieder für weltfremde Berliner Politik unseren Kopf hinhalten müssen - und große Probleme haben, das den bereits jetzt bis über die Schmerzgrenze durch kommunale Konsolidierungsmaßnahmen belasteten Bürgern zu erklären.

Bevor die Bundespolitik - wie das gebetsmühenhaft seit Jahrzehnten üblich ist - die Forderung nach einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung der Kommunen im aktuellen Fall erneut mit dem Verschiebeargument abzuwehren versucht, dies sei ausschließlich Länderangelegenheit, fordern wir Sie und Ihre beiden Minister Jäger und Walter-Borjans eindringlich auf, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten Richtung Berlin zur Vermeidung solcher politischen Tricks zu nutzen. Wir vertrauen auf Sie!

In unserem Protest gegen die drohende, erneute politische „Herumeierei“ in Berlin wird unser Aktionsbündnis inzwischen durch eine Vielzahl von Kommunen außerhalb von NRW in gleicher oder ähnlicher Finanznot unterstützt. So haben wir, das zeigen wir Ihnen gegenüber in bewährter Weise - also mit offenem Visier - ausdrücklich an, am 21. März bei einer Kommunalkonferenz in Mülheim an der Ruhr die Verbreiterung unseres Aktionsbündnisses beschlossen. Wir werden künftig mit unserer Kampagne bundesweit politisch und öffentlich Hilfe für die notleidenden Kommunen einfordern.

Zu auch kurzfristigen konkreten Gesprächen mit Ihnen sind wir selbstverständlich und gern bereit.

Eine Kopie dieses Schreibens leiten wir an alle Mitglieder unseres Aktionsbündnisses mit der Bitte weiter, auch ihre örtlichen Mandatsträger zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr

Peter Jung
Oberbürgermeister von Wuppertal

als Sprecher des Aktionsbündnisses

im Namen aller Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Kämmerer der Aktionsbündnis-Städte und Kreise.

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise insbesondere aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.